FileNr:31|id:62R5-4K01-JBK9-20TH-00000-00|date:2021-05-21|source:Welt|title:Der Jugend fehlt die Lobby

#######DONT CHANGE THE ABOVE############

Bei Staatsschulden und Europolitik spielen Freiheitsrechte der Nachgeborenen keine Rolle In den USA weiss jedes Kind, dass die politischen Ansichten der obersten Richter einen grossen Einfluss auf die Ausrichtung der Regierungspolitik haben. Deshalb kaempfen dort die Politiker bei jeder Neubesetzung eines Richterposten bis aufs Messer um ihren Kandidaten. Bei uns wird so getan, als ob das Bundesverfassungsgericht haushoch ueber der Politik stuende.

Dabei haben es seine Urteile politisch in sich. Ueber die Jahre stuetzen sie eine Politik unter Kanzlerin Angela Merkel, die mit hohem Aufwand wenig effektiv und recht ineffizient den globalen Klimawandel bekaempft und hohe finanzielle Belastungen fuer die Zukunft auftuermt. Zwar heben die Richter in ihren Urteilen zur Europapolitik immer mal wieder sprichwoertlich die Augenbrauen, aber der deutschen Duldung der monetaeren Finanzierung von Staatsschulden durch die Europaeische Zentralbank und der Vergemeinschaftung der Schuldenaufnahmen im Wiederaufbaufonds der Europaeischen Union setzen sie ernsthaft nichts entgegen.

Im Gegensatz dazu treiben sie eine fragwuerdige Klimapolitik geradezu an.Wie ihr Beschluss vom 29. April zur Verfassungsbeschwerde gegen das Klimaschutzgesetz zeigt, sind die Richter bereit, sich dabei auch auf duennes Eis zu begeben. Denn erstens haben sie sich in dem Beschluss auf Schaetzungen eines CO2-Restbudgets gestuetzt, die naturgemaess unsicher sind, aber von der Politik nun zur Begruendung uebereilter Massnahmen genutzt werden. Zweitens verpflichten sie die Bundesregierung zu einschneidenden Massnahmen, von denen angesichts der in Deutschland ausgestossenen Menge an Kohlendioxid die Entwicklung des Weltklimas kaum abhaengen duerfte. Drittens haben sie nur in Bezug auf den Klimaschutz die Grundrechte als intertemporale Freiheitssicherung interpretiert.

Freiheitssicherung kann aber nicht selekrktiv, sondern muss ganzheitlich sein.Vor allem muesste sie fuer die Staatsfinanzen und die Geldwertstabilitaet gelten, die Freiheitsrechte junger Menschen in Deutschland staerker und direkter infrage stellen als das globale Phaenomen des Klimawandels. Denn wenn aufgrund von politischen Massnahmen in der Gegenwart der deutsche Staat in der Zukunft seine Buerger auspluendert oder gar bankrottgeht und das Geld seinen Wert verliert, dann werden die Freiheitsrechte der juengeren Deutschen, die fuer diese Massnahmen die Konsequenzen zu tragen haben, unmittelbar verletzt. Im Vergleich dazu wirkt die deutsche Klimapolitik auf das Klima sehr indirekt und das mit dem Klimawandel einhergehende Freiheitsrisiko ist in gemaessigten Klimazonen ueberschaubar. Generationenbilanzen, die anzeigen, wie die gegenwaertige Fiskal- und Sozialpolitik die Buerger in der Zukunft belasten werden. Diese Generationenbilanzen sind mit erheblich geringeren Unsicherheiten belastet als die Vorhersagen aus Klimamodellen.Nach der im Januar dieses Jahres vorgestellten juengsten Rechnung belaeuft sich die Nachhaltigkeitsluecke, die explizite und (meist ueber Zusagen der Sozialversicherung geschaffen) implizite Staatsschulden umfasst, auf 12,3 Billionen Euro oder 357 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Davon sind 4,2 Billionen oder 121,3 Prozent durch die Corona-Politik bedingt. Um diese Luecke zu schliessen, die Staatsfinanzen also wieder auf soliden Grund zu stellen, muessten entweder alle Einnahmen um 16,3 Prozent erhoeht oder alle Ausgaben um 13,0 Prozent gesenkt werden Die wesentlichen Nutzniesser der gegenwaertigen Fiskal- und Sozialpolitik ist die bald in Rente gehende Generation der Babyboomer, die Leidtragenden sind diejenigen, die den groesseren Teil ihres Erwerbslebens noch vor sich haben.

Wie Ludwig Erhard nie muede wurde zu erklaeren, ist Geldwertstabilitaet eine wesentliche Voraussetzung fuer erfolgreiche wirtschaftliche Taetigkeit. Davon konnten die Aelteren in den vergangenen vier Jahrzehnten ihres Erwerbslebens profitieren. Doch heute setzt die Europaeische Zentralbank mit ihrer Politik der Geldvermehrung die Geldwertstabilitaet in der Zukunft aufs Spiel. Sie hat schon in und nach der Finanzkrise versucht, mit billigem Geld die Wirtschaft zu paeppeln und in Reaktion auf die Corona-Krise massiv Anleihen aufgekauft. Seit 2006 ist ihre Bilanzsumme auf das Siebenfache des damaligen Umfangs gewachsen. Und seit 2019 ist die Geldmenge (M3um 16 Prozent gestiegen, waehrend das nominale Bruttoinlandsprodukt um drei Prozent geschrumpft ist.Der Geldueberhang stellt ein Inflationspotenzial dar, das nur durch Zinserhoehungen oder Verkaeufe der Anleihen entschaerft werden koennte. Inzwischen haelt die EZB aber Staatsanleihen im Wert von ueber drei Billionen Euro, was 27 Prozent der ausstehenden Schulden aller Euro-Staaten entspricht. Wuerde die EZB diese Anleihen verkaufen und die Zinsen erhoehen, wenn die Inflation steigt, wuerde sie private Schuldner und die hoch verschuldeten Euro-Staaten in grosse Finanzierungsschwierigkeiten bringen.

Daher huellt sich die EZB lieber in Schweigen darueber, wie sie den Anleihebestand jemals wieder reduzieren koennte und hofft wohl, dass das damit verbundene Inflationspotenzial auf wundersame Weise verschwinden wird.Die Richter des Bundesverfassungsgerichts zeigen viel Sympathie fuer das Anliegen der Fridays-for-Future-Bewegung. Aber es ist nicht ersichtlich, dass sie sich gefragt haetten, ob diese Bewegung die wesentlichen Anliegen der jungen Generation wirklich vertritt. Protagonisten dieser Bewegung, wie die Cousinen Luisa Neubauer und Carla Reemtsma, deren Vorfahren Pioniere der Tabakindustrie waren, stammen meist aus wohlhabenden Familien und koennen sich fuer die Zukunft finanziell gut versorgt fuehlen.Wer aber vertritt die Anliegen der jungen Leute aus den weniger wohlhabenden Kreisen, die von den Alten in die Pflicht genommen werden, ihre Renten zu bezahlen, ihre Schulden abzutragen und fuer ihre Europapolitik finanziell einzustehen, waehrend sie gleichzeitig Familien gruenden und sich Vermoegen erarbeiten wollen, und dazu noch fuer ihr eigenes Alter vorsorgen muessen? Um die intertemporalen Freiheitsrechte der Mehrheit der juengeren Generationen scheint sich weder das Gericht noch die Politik zu scheren. Thomas Mayer ist Gruendungsdirektor des Flossbach von Storch Research Institute und Professor an der Universitaet Witten/Herdecke...

Fokus Deutschland

Warnend-Negativ